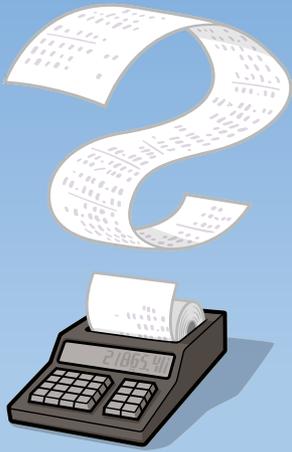


**Für wen
lohnt sich
Riester
noch?**



Wie sicher ist Ihre Bank?

Hart im Geben

BANKEN | Politiker wollen Europas Geldinstitute mit neuen Milliarden stützen – notfalls auch gegen deren Willen. Wie sinnvoll das ist, wie die Zwangsrettung ablaufen könnte, wie besorgt Bankkunden sein müssen und wie teuer die Beruhigungsspielle für die Finanzmärkte Steuerzahler und Bankaktionäre kommt.

Geht es um die Finanzbranche, reagieren Politiker derzeit gereizt. Das zeigte sich kürzlich in Wiesbaden, als die Immobilienbank Aareal den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) zum geselligen Abendessen lud. „Regulierung muss mit Augenmaß erfolgen“, bemerkte der gastgebende Aareal-Chef Wolf Schumacher in seinem Grußwort, nicht alle Institute dürften über einen Kamm geschoren werden. Der Ministerpräsident konterte härter, als der festliche Empfang im besten Haus am Platz erwarten ließ. „Die Wähler verlangen hartes Durchgreifen“, entgegnete Bouffier schroff. Für Ausnahmen hätten Bürger und Sparer kein Verständnis mehr.

Der Ausnahmen ist auch Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen überdrüssig, der sich für seinen künftigen Job im Präsidium der Europäischen Zentralbank (EZB) wärmeläuft. „Die Rekapitalisierung muss auf verpflichtender Basis für alle systemrelevanten Banken in der gesamten EU erfolgen“, forderte der designierte EZB-Chefvolkswirt vergangene Woche in schönstem Finanzjargon vor dem Europaparlament.

UNFREIWILLIGE MEDIZIN

Was das konkret bedeuten könnte, skizzierte kurz darauf EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: Liefert der Markt, sprich die Investoren, das benötigte Kapital nicht, sollen die Heimatstaaten ihren betroffenen Banken die Medizin notfalls gegen den Willen der Eigentümer einflößen. Reichen die Mittel der nationalen Regierungen nicht, muss der Euro-Rettungsfonds mit seinem Volumen von bis-

lang 440 Milliarden Euro einspringen. Und: Boni sowie Dividenden bleiben gestrichen, bis das Haftungspolster aufgestockt ist.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Nicholas Sarkozy, dass beide Regierungen „absolut entschlossen“ seien, die Funktionsfähigkeit der Banken zu gewährleisten. „Letztlich muss man auch bereit sein, Druck auszuüben“, pflichtete Bundesbank-Präsident Jens Weidmann bei.

Drei Jahre nachdem die Staaten weltweit das Überleben der Banken nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers mit Milliarden sicherten, geht es nun um das Wie und nicht mehr um das Ob erneuter Hilfszahlungen aus den Staatskassen an die Banken. So sollen die Institute auf eine mögliche Pleite Griechenlands vorbereitet und ein Flächenbrand verhindert werden.

Dass eine ganze Reihe von ihnen eine weitere Verschärfung der Krise nicht aus eigener Kraft überstehen würde, ist unzweifelhaft. Zu schmerzhaft wären weitere Abschreibungen auf Staatsanleihen, vor allem, wenn diese nicht wie bisher nur auf griechische, sondern auch auf Papiere Italiens oder Spaniens erforderlich wären. Zu hart würden vor allem südeuropäische Institute zudem Kreditausfälle von Unter-

nehmen wegen einer Rezession treffen. Nur mit staatlicher Stütze lässt sich wohl auch das wachsende Misstrauen der Kunden gerade in den Ländern Südeuropas bekämpfen. Dort haben bereits etliche, vor allem wohlhabende Anleger ihre Konten leer geräumt und sind mit ihrem Geld in Länder wie die Schweiz geflüchtet.

DROHENDE MILLIARDENVERLUSTE

Derzeit sind die Einlagen deutscher Sparer und Unternehmen nicht akut bedroht. In einem verschärften Krisenszenario würden bei europäischen Banken jedoch schnell enorme Kapitallücken klaffen. Das könnte auch zu Schieflagen deutscher Banken führen, die nicht so unverwundbar sind, wie sie es nach außen glauben machen wollen. Die Insolvenz einer Großbank könnte kein Sicherungssystem verkraften. Den Regierungen bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Kapitallücken möglichst schnell und zur Not auch gegen den Widerstand der Branche zu füllen.

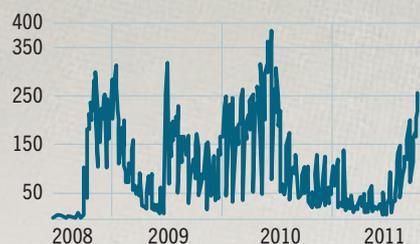
Das Hauptproblem der Banken: Sie haben europäischen Regierungen durch den Kauf von Staatsanleihen Kredite eingeräumt und zittern jetzt, ob sie ihr Geld wiedersehen. Was mögliche Staatspleiten und Abschreibungen auf öffentliche Anleihen die Geldinstitute kosten könnten, hat die WirtschaftsWoche auf Basis von Analystenstudien mehrerer Investmentbanken ausgerechnet (siehe Grafik Seite 56). Demnach bräuchte die Deutsche Bank bis zu 9,7 Milliarden Euro frisches Kapital, während bei der Commerzbank bis zu 12,8 Milliarden Euro fehlen würden – deutlich mehr, als das Unternehmen aktuell an der Börse wert ist. „Die Commerzbank ist >>

»Man muss auch bereit sein, Druck auszuüben«



Im Zeichen der Krise

Die Banken parken bei der Europäischen Zentralbank langsam wieder so viel Liquidität über Nacht wie zum Ausbruch der Finanzkrise 2008 (in Milliarden Euro)



Quelle: Bloomberg

Die Kurse der Banken brachen viel stärker ein als die Aktien anderer europäischer Konzerne



Quelle: Thomson Reuters

Wie viel Staatsanleihen von Krisenländern bei europäischen Banken in den Büchern stehen (in Milliarden Euro)



Stand: Juni 2011
Quelle: EZB, EBA, Credit Suisse

» wegen ihres hohen Engagements bei Staatsanleihen einer der ersten Kandidaten für erneute staatliche Hilfen“, sagt ein ranghoher Investmentbanker. Die Bank selbst will sich zu dem Thema nicht äußern. Die italienische Großbank UniCredit, Mutter der deutschen HypoVereinsbank, hätte sogar noch mehr Kapital nötig.

Europäische Banken hielten Ende Juni Staatsanleihen aus den Euro-Krisenländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien im Wert von insgesamt 556 Milliarden Euro, so eine Analyse der Schweizer Bank Credit Suisse. Hätten sie diese im September auf die aktuellen Marktwerte abgeschrieben, hätte das die Bilanzen mit 44 Milliarden Euro belastet. Bisher haben sie lediglich Belastungen für Griechenland abgeschrieben, was Verluste von insgesamt zehn Milliarden Euro brachte.

Verglichen mit der vom US-Häusermarkt ausgehenden Krise ab 2007, ist das – noch – wenig. Durch Abwertungen auf die hoch riskanten sogenannten Subprime- und ähnliche Papiere verloren europäische Banken mehr als 180 Milliarden Euro.

MEHR IST NICHT GENUG

Seitdem haben sie sich durchaus bemüht, solider zu werden. So haben sie seit 2007 ihre Kapitalbasis durch Kapitalerhöhungen, zurückhaltende Dividenden und Gewinneinbehaltungen um mehr als 600 Milliarden Euro verbessert und damit letztlich verdoppelt. Das Engagement bei riskanten Kreditpapieren haben sie von rund 850 auf etwa 400 Milliarden Euro mehr als halbiert.



Kraftakt geschafft Commerzbank-Chief Martin Blessing hat den größten Teil der Staatshilfen zurückgezahlt

Das ist aber noch nicht genug. „Wie sehr die Banken das Kapital auch stärken, es wird immer Investoren geben, die es dennoch für zu niedrig halten“, stöhnt ein ranghoher Bankenaufseher.

Nach Berechnungen der US-Bank JP Morgan klafft bei wichtigen europäischen Banken im Ernstfall eine Lücke von insgesamt 148 Milliarden Euro, sollten 60 Prozent der griechischen Staatsanleihen ausfallen und zudem 40 Prozent der portugiesischen und irischen sowie 20 Prozent der italienischen und spanischen Anleihen nicht zurückgezahlt werden.

Die Experten der japanischen Bank Nomura errechnen einen Kapitalbedarf von

insgesamt knapp 104 Milliarden Euro unter der Annahme, dass die Banken ihre Staatsanleihen auf aktuelle Marktwerte abschreiben. Analysten der US-Bank Citi rechnen im Extremfall sogar mit 216 Milliarden Euro. Das Geld müssten die Institute über Kapitalerhöhungen einsammeln.

Erste Leidtragende wären die Aktionäre von Banken. Kapitalerhöhungen würden nicht nur ihre Anteile verwässern, sie müssten nach dem Willen der Politik auch auf die in den vergangenen Jahren eh nicht üppigen Dividenden verzichten. Kapitalerhöhungen werden zusätzlich erschwert durch die Tatsache, dass der Appetit der Investoren auf Bankaktien angesichts der unsicheren Ertragslage nicht gerade groß ist.

Angesichts der drohenden Milliardenlücken grassiert unter den Geldhäusern erneut Misstrauen, das die lebenswichtigen Geldströme zwischen den Finanzinstituten versiegen lässt. Institute, die noch Liquidität haben, bunkern ihr Geld lieber bei der EZB, als es anderen Banken zu leihen. Die Übernachteinlagen bei der EZB erreichen wieder Pegel wie beim Ausbruch der Finanzkrise (siehe Grafik Seite 53).

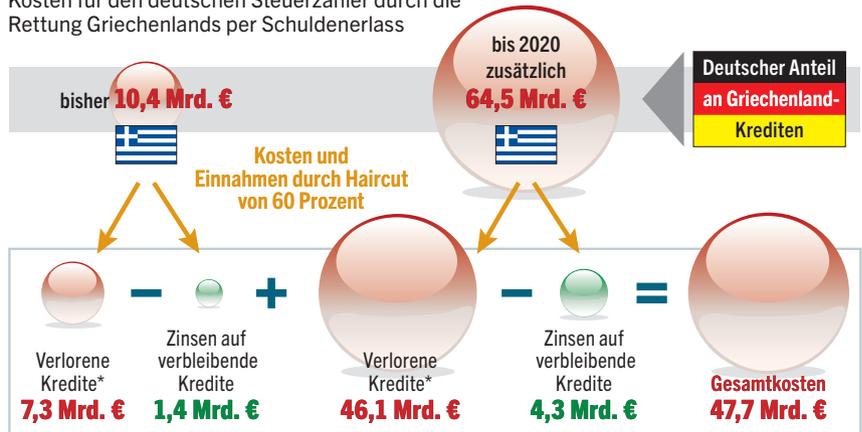
Kapitalhungrige Banken finden auch kaum noch Finanziere für ihre Anleihen. Investoren kaufen die Papiere ohnehin nur noch, wenn diese mit hohen Risikozuschlägen versüßt werden, und verschmähen Bankaktien. Die Kosten für Gläubiger, die sich gegen den Ausfall ihrer an Banken verliehenen Kredite versichern wollen, explodieren. Die Ausfallprämie für Anleihen der Deutschen Bank legte seit Dezember »

Milliarden-Cut

Der teilweise Schuldenerlass Griechenlands kostet Deutschland 47,7 Milliarden Euro. Das haben die Ökonomen Jörg Dreger und Ansgar Belke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin ausgerechnet. Sie gehen davon aus, dass Hellas 60 Prozent der Schulden erlassen bekommt. Die Kosten, die dadurch dem deutschen Steuerzahler entstehen, ergeben sich dann aus den Abschreibungen auf die Kredite. Hinzu kommen Kosten durch verzögerte Tilgung neuer sowie alter Kredite. Dem stehen Zinseinnahmen auf diese Kredite gegenüber, die Griechenland 2020 zurückzahlt.

Teurer Schnitt

Kosten für den deutschen Steuerzahler durch die Rettung Griechenlands per Schuldenerlass



* Umfasst auch die Kosten, die sich durch Wertänderungen im Laufe des Prozesses der Kreditvergabe ergeben; Quelle: DIW



FOTOS: IMAGOCHRISTIAN THIEL

INTERVIEW Andreas Schmitz

»Kurzfristige Beliebigkeit«

Der Bankenpräsident hält Griechenland für zahlungsunfähig und fordert, dass Kreditinstitute ihre Staatsanleihen künftig mit Eigenkapital unterlegen müssen.

Herr Schmitz, warum sind Sie gegen eine Rekapitalisierung der Banken?

Schmitz: Weil das von den Ursachen der Krise ablenkt. Einige Staaten haben sich finanziell übernommen. Aber statt konsequent gegenzusteuern und endlich zu sparen, versucht die Politik, die staatliche Schuldenkrise zu einer Bankenkrise umzudeuten. Die will sie heilen, indem Banken zur Not zwangsweise staatliches Kapital erhalten, damit sie den Ausfall staatlicher Schuldner verkraften. Es ist ein gefährlicher Irrglaube, dass dann Ruhe herrscht. Im Gegenteil: Die Krise dürfte an Fahrt zunehmen, weil die Verschuldung der Staaten weiter steigt. Zwangsrekapitalisierungen lösen die politische Vertrauenskrise nicht.

Die Kurse von Bankaktien sind abgestürzt, das Vertrauen zwischen den Instituten ist gesunken. Das sind Symptome einer Bankenkrise.

Schmitz: Investoren vertrauen europäischen Regierungen als Schuldner nicht mehr. Bei der Lage der Banken müssen wir differenzieren. Das deutsche Bankensystem ist im Kern gesund. In anderen Ländern mag das anders aussehen, aber auch da sollten sich die Regierungen auf Problemfälle konzentrieren. Da die sich über den Markt kaum Kapital besorgen können, bleiben staatliche Hilfen. Alle Banken arbeiten daran, ihre Kapitalbasis zu stärken, wie es Regulierungsvorschriften langfristig verlangen. Das über den Haufen zu werfen und die Ziele sofort einzufordern führt dazu, dass fast alle an die staatliche Tränke müssten. Das kann nicht das Ziel sein. **Die langfristigen Aussichten haben die Märkte ebenso wenig überzeugt wie der Stresstest im Sommer. Hier müssen höhere Abschlüsse auf Staatsanleihen her.** Schmitz: Wenn die Tests so ausgestaltet würden, sollten die Annahmen aber nicht unrealistisch sein. Die Kurse von Anleihen von Ländern wie etwa Portugal oder Irland notieren auf dem Niveau manch afrikanischer Staaten. Wenn man die nach aktuellen Marktwerten bilanzieren müsste, ergäbe das ein total ver-



DER PRAGMATIKER

Schmitz, 51, ist Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken und seit 2006 Vorstandssprecher der Düsseldorfer Bank HSBC Trinkaus & Burkhardt. Der Jurist absolvierte vor dem Studium eine Banklehre.

zerrtes Bild. Am Markt gibt es negative Abschlüsse, weil die Politik nicht einmal das verhältnismäßig überschaubare Thema Griechenland überzeugend angeht und so das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit erschüttert. Zudem sollte die Risikotragfähigkeit der Banken nach dem gültigen Eigenkapitalbegriff erfolgen und nicht die Anforderungen von Basel III vorwegnehmen, die erst ab 2019 in voller Höhe gelten. **Vom aktuellen Krisenmanagement haben Sie offenbar keine hohe Meinung.**

Schmitz: Statt beherrschtes und vernünftiges Agieren herrscht kurzfristige Beliebigkeit. Griechenland kann seine aktuellen Schulden über Generationen nicht zurückzahlen. Das ist eine Tatsache, die sich nicht mehr ignorieren lässt.

Seit der Ankündigung der Rekapitalisierung entspannen sich die Märkte.

Schmitz: Das würden sie auch erreichen, ohne alle Institute mit unrealistisch hohen Anforderungen in die Arme des Staates zu

treiben. Wo soll das enden? Es wird immer Berechnungen geben, nach denen das Risiko der Banken zu hoch und mehr Kapital erforderlich ist.

Banken müssen Staatsanleihen nicht mit Eigenkapital unterlegen. Ein Fehler?

Schmitz: Die aktuelle Situation zeigt, dass die sogenannte Nullanrechnung die Wirklichkeit nicht sauber widerspiegelt. Das zu ändern geht nicht von heute auf morgen und erst recht nicht rückwirkend. Aber das Thema packt die Politik nicht an, weil es sie selbst betrifft.

Sollten private Investoren sich stärker an der Umschuldung Griechenlands beteiligen?

Schmitz: Wir haben uns mühevoll darauf geeinigt, letztlich auf 21 Prozent der Forderungen zu verzichten. Zu der Vereinbarung stehen Banken, Versicherer und Pensionsfonds. Aber bevor das umgesetzt ist, wird es infrage gestellt und ein Nachschlag verlangt. Wenn es nur um Griechenland ginge, wäre eine stärkere Beteiligung machbar. Aber die Politik verunsichert auch Investoren in Anleihen anderer europäischer Staaten. Die glauben, dass ihnen Ähnliches droht.

Ist das Geld deutscher Sparer sicher?

Schmitz: Ja, selbstverständlich.

cornelius.welp@wiwo.de | Frankfurt

Das große Zittern

Wie viel zusätzliches Kapital europäische Banken nach Analysten- und Wirtschaftswoche-Schätzungen benötigen, um einen möglichen Ausfall von Staatsanleihen Griechenlands, Portugals, Spaniens, Italiens und Irlands zu verkräften

Szenarien ausgewählter Analysten:

- Nomura (Abschreibung der PIIGS-Anleihen auf Marktwert)
- J.P. Morgan (Abschreibung um 60% bei Griechenland, 40% bei Portugal und Irland, 20% auf Spanien und Italien)

BNP PARIBAS

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

3,0 → 4,2
11% → 12%

Bilanzsumme: 1.926,1
Eigenkapital: 86,7
PIIGS-Staatsanleihen: 29,2
davon Griechenland: 3,6
CDS-Prämien: 230.000*
Anstieg: 101%

Fazit: Mäßiger Kapitalbedarf

BARCLAYS

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

3,8 → 4,1
17% → 63%

Bilanzsumme: 1.653,1
Eigenkapital: 68,6
PIIGS-Staatsanleihen: 8,4
davon Griechenland: 0,0
CDS-Prämien: 206.690*
Anstieg: 71%

Fazit: Dünnnes Polster

RBS

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

1,7 → 14,7
7% → 47%

Bilanzsumme: 1.601,1
Eigenkapital: 84,4
PIIGS-Staatsanleihen: 1,2
davon Griechenland: 0,0
CDS-Prämien: 345.510*
Anstieg: 60%

Fazit: Keine Griechen-Papiere

SOCIETE GENERALE

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

4,8 → 6,0
31% → 51%

Bilanzsumme: 1.158,0
Eigenkapital: 52,1
PIIGS-Staatsanleihen: 5,4
davon Griechenland: 1,5
CDS-Prämien: 314.800*
Anstieg: 96%

Fazit: Große Kapitalücke

ERSTE

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

0,7 → 1,5
11% → 21%

Bilanzsumme: 214,2
Eigenkapital: 17,5
PIIGS-Staatsanleihen: 1,2
davon Griechenland: 0,2
CDS-Prämien: 294.010*
Anstieg in %: 132%

Fazit: Österreichs Problemfall

BBVA

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

0,0 → 1,1
0% → 4%

Bilanzsumme: 568,7
Eigenkapital: 37,6
PIIGS-Staatsanleihen: 21,1
davon Griechenland: 0,1
CDS-Prämien: 294.940*
Anstieg: 10%

Fazit: Dickes Polster

INTESA SANPAOLO

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

0,0 → 2,5
0% → 16%

Bilanzsumme: 644,7
Eigenkapital: 60,0
PIIGS-Staatsanleihen: 53,5
davon Griechenland: 0,4
CDS-Prämien: 373.080*
Anstieg: 141%

Fazit: Wenig Kapitalbedarf

UniCredit

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

4,7 → 7,9
31% → 63%

Bilanzsumme: 918,8
Eigenkapital: 68,1
PIIGS-Staatsanleihen: 37,9
davon Griechenland: 0,7
CDS-Prämien: 381.380*
Anstieg: 93%

Fazit: Bilanz in Gefahr

BANCO POPOLAR

Kapitalbedarf von/bis: in Mrd. Euro, in % des Börsenwertes

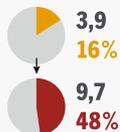
0,2 → 0,9
4% → 18%

Bilanzsumme: 130,1
Eigenkapital: 8,5
PIIGS-Staatsanleihen: 10,1
davon Griechenland: 0,0
CDS-Prämien: 581.000*
Anstieg: 511%

Fazit: Fünffache Prämie

Deutsche Bank

Kapitalbedarf
von/bis:
in Mrd. Euro, in %
des Börsenwertes

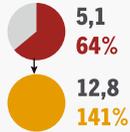


Bilanzsumme: 1850,0
Eigenkapital: 51,7
PIIGS-Staatsanleihen: 3,7
davon Griechenland: 1,2
CDS-Prämien: 171.110*
Anstieg: 62%

Fazit: Wenig Eigenkapital

COMMERZBANK

Kapitalbedarf
von/bis:
in Mrd. Euro, in %
des Börsenwertes



Bilanzsumme: 683,7
Eigenkapital: 26,4
PIIGS-Staatsanleihen: 14,7
davon Griechenland: 2,2
CDS-Prämien: 199.870*
Anstieg: 35%

Fazit: Geringer Börsenwert

DZ BANK

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
3,3

Bilanzsumme: 338,4
Eigenkapital: 11,4
PIIGS-Staatsanleihen: 7,0
davon Griechenland: 0,8
CDS-Prämien: 145.000*
Anstieg: 18,2%

Fazit: Hohe Bonität

Helaba

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
0,4

Bilanzsumme: 158,0
Eigenkapital: 5,9
PIIGS-Staatsanleihen: 0,9
davon Griechenland: 0,1
CDS-Prämien: 249.000*
Anstieg: 64%

LB BW

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
3,7

Bilanzsumme: 355,0
Eigenkapital: 14,2
PIIGS-Staatsanleihen: 8,0
davon Griechenland: 0,4
CDS-Prämien: 251.000*
Anstieg: 57%

NORD/LB

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
1,6

Bilanzsumme: 218,0
Eigenkapital: 7,7
PIIGS-Staatsanleihen: 3,5
davon Griechenland: 0,2
CDS-Prämien: 212.000*
Anstieg: 25%

HSH NORDBANK

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
0,7

Bilanzsumme: 132,0
Eigenkapital: 6,4
PIIGS-Staatsanleihen: 1,4
davon Griechenland: 0,2
CDS-Prämien: 291.000*
Anstieg: 39%

WestLB

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
1,1

Bilanzsumme: 160,0
Eigenkapital: 4,9
PIIGS-Staatsanleihen: 2,4
davon Griechenland: 0,1
CDS-Prämien: 394.000*
Anstieg: 60%

Bayern LB

Kapitalbedarf:
in Mrd. Euro
0,3

Bilanzsumme: 297,0
Eigenkapital: 13,8
PIIGS-Staatsanleihen: 0,6
davon Griechenland: 0,1
CDS-Prämien: 252.000*
Anstieg: 36%

Fazit: Engagiert in südeuropäischen Anleihen

PIIGS-Anleihen
großer Landes-
banken
insgesamt:
16,8 Mrd. €

Kapitalbedarf
insgesamt**:
7,8 Mrd. €

Hierfür müssten die
Sparkassen als Miteigen-
tümer der Landesbanken
im Ernstfall zum großen
Teil eintreten

Sparkassen insgesamt

Bilanzsumme: 1084,0
Eigenkapital: 107,3

Kapitalbedarf:

Keine Angaben über den
Besitz von PIIGS-Anleihen
bei einzelnen Sparkassen

- Eventuell Nachschusspflicht bei Landesbanken
- mögliche Haftungsverpflichtungen
im Sparkassenverbund

* in Euro pro Zehn-Millionen-Euro-Anleihe;
** aggregierte Ausfallquote der PIIGS-
Anleihe von 46%

» 2010 um gut 60 Prozent zu, bei der Commerzbank stiegen die Absicherungskosten um ein Drittel. Bei der spanischen Banco Popular verfünffachte sich der Wert sogar.

Trotz der Bedrohungsszenarien bezweifeln deutsche Banker die Sinnhaftigkeit einer finanziellen Beglückung durch den Staat. „Es ist ein gefährlicher Irrglaube, dass dann Ruhe herrscht“, sagt Andreas Schmitz, Präsident des Bundesverbands deutscher Banken, der WirtschaftsWoche (siehe Interview Seite 55). Auch Sparkassen-Präsident Heinrich Haasis erklärt eine erneute Staatsbeteiligung für „Unsinn“. Die Spitzenvertreter der deutschen Banken wandten sich sogar in einem Brandbrief an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, um ihn von seinem Irrweg abzubringen.

Andere Branchenvertreter widersprechen. „Die Kapitalisierung der Banken ist der Königsweg zu einer Lösung der Schul-

denkrise“, sagt der Deutschland-Chef einer Auslandsbank und verweist auf den Erfolg des amerikanischen „Tarp“-Programms (siehe Kasten Seite 60). „Das ist einer der entscheidenden Bausteine“, sagt auch ein hochrangiger Investmentbanker.

Die Details sind noch Verhandlungsmasse. Die europäische Bankenaufsicht EBA, die sich vor wenigen Monaten mit einem viel zu laschen Stresstest blamierte, arbeitet an einem neuen, deutlich zugespitzten Szenario. Banken, die durch den Test fallen, sollen anschließend Zeit bekommen, sich selbst frisches Kapital zu besorgen. Anschließend sollten ihre Heimatländer einspringen, danach der europäische Stabilitätsfonds EFSF.

Hochrangige Banker und Berliner Finanzpolitiker berichten gegenüber der WirtschaftsWoche, dass der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission dahin geht,

dass die Kernkapitalquote der Banken nach Anwendung des Stressszenarios auf die aktuelle Bilanz bei bis zu neun Prozent liegen soll. Beim letzten Test reichten fünf Prozent aus, um ihn zu bestehen.

Die neue Grenze läge höher, als es Analysten in ihren skeptischen Schätzungen annehmen (Grafik Seite 56). Die meisten europäischen Institute würden sie derzeit reißen. Sie sollen daher nach dem Stresstest sechs Monate Zeit bekommen, um die Vorgaben zu erfüllen. Selbst die Deutsche Bank müsste wohl nacharbeiten. Ihr Chef Josef Ackermann verkündete am vergangenen Mittwoch schon mal vorsorglich, sein Haus werde alles tun, um ohne Staatsgeld durch die erneute Krise zu kommen.

Ob eine bessere Kapitalausstattung allein reicht, um das Vertrauen wieder herzustellen, lässt sich nicht verlässlich sagen. Zu intransparent sind nach wie vor die

GROSSBRITANNIEN

Unschöne Quittung

Der Sparkurs der Regierung schadet der Bonität der Banken.

Nach der Bankenrettung ist vor der Bankenrettung. Die Erkenntnis, die vom Fußballspiel stammt, bestimmt auch in Großbritannien das Verhältnis zwischen Kreditwirtschaft und Staat. Nur dass dies auf der Insel gerade paradoxe Folgen hat. Als die Finanzkrise 2008 die britischen Institute bedrohte, machte die Labour-Regierung Milliarden locker. Das trug dazu bei, dass die Nettoneuverschuldung des Staates im Haushaltsjahr 2009/10 auf elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes explodierte. Bei den gesamten Staatsschulden haben die Briten mit rund 80 Prozent zu Deutschland aufgeschlossen. Also entschied die konservativ-liberale Regierung nach ihrem Antritt im Mai 2010, extrem zu sparen. Doch nun bekommt Premier David Cameron eine unschöne Quittung. In den vergangenen zwei Wochen stuften die Ratingagenturen Moody's und Fitch die Bonität mehrerer britischer Institute herab. Begründung: Der drastische Sparkurs der Regierung habe zur Konsequenz, dass notleidende britische Banken nicht mehr automatisch mit Milliarden aus den öffentlichen Kassen rechnen könnten.

Schwach kapitalisiert

Die britische RBS bleibt trotz Milliardenhilfen eine Problembank

Aufgeschreckt bekundete Cameron die Bereitschaft, angeschlagenen Instituten doch unter die Arme zu greifen. Die Bankenrettung vor rund drei Jahren war kein durchgreifender Erfolg. Denn die Skepsis von Moody's und Fitch gilt nicht nur den kleineren Instituten des Landes, sondern auch den systemrelevanten Banken, die der Staat bereits rettete. So stufte die Ratingagentur die langfristige Bonität der Royal Bank of Scotland (RBS) und der Lloyds Banking Group herab. Barclays und HSBC, die bisher ohne Geld vom Steuerzahler auskamen, behielten ihr Rating.

RISIKO TROTZ STRESSTEST

Damit bleibt die RBS die Problembank des Landes. Ihre Rettung vor drei Jahren kostete den britischen Steuerzahler umgerechnet 52 Milliarden Euro, nun gehört die RBS zu 83 Prozent dem britischen Staat. Ein Ausstieg des Staates ist derzeit kein Thema.

Zwar kann sich RBS damit trösten, den Stresstest der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) im Sommer bestanden zu haben. Dass Staatspleiten ausgeklammert wurden, muss dem Institut wohl keine Bange machen. Nach Analystenschätzungen hat die RBS nur für rund 2,5 Milliarden Euro Staatspapiere Portugals, Italiens, Irlands, Griechenlands und Spaniens (PIIGS) in den Büchern. Deshalb tat die Bank Risiken durch Zahlungsprobleme dieser Länder als „pure Spekulation“ ab. Gleichwohl ließ der EBA-Stresstest die Kernkapitalquote der RBS, die das voll haftende Eigenkapital beschreibt, im schlimmsten angenommenen Fall auf 6,3 Prozent sacken. Wie weit sie sinken würde, wenn die RBS gleichzeitig größere Teile ihres Geschäfts in den PIIGS-Ländern im Umfang von rund 70 Milliarden Euro abschreiben müsste, ist völlig offen.

yvonne.esterhazy@wiwo.de | London



FOTO: AP/MATT DUNHAM

Bankbilanzen. Kritisch sehen Investoren nicht nur das Engagement bei Staatsanleihen, sondern auch Problemkredite an Unternehmen und das undurchsichtige Derivatebuch, in dem sich so schwer durchschaubare wie bewertbare Papiere aus Termingeschäften türmen. Hier können sich durch Absicherungsgeschäfte im Zusammenhang mit Schuldenstaaten neue Lasten auftun, deren Ausmaß völlig unklar ist.

Als Warnsignal gilt die österreichische Erste Bank, die vergangene Woche überraschend Abschreibungen in Milliardenhöhe auch auf Derivate im dritten Quartal ankündigte. „Solange keine wirkliche Transparenz auch über versteckte Lasten herrscht, wird das Misstrauen nicht zurückgehen“, sagt Frank Schönherr, Deutschland-Chef der italienischen Investmentbank Mediobanca.

Seit der Krise 2008 meinen kritische Investoren, dass eine Reihe von Banken durch Umbuchungen und Bewertungstricks längst überfällige Verluste verschleiert und sich in Einzelfällen so künstlich am Leben hält. Das Misstrauen kann auch eine höhere Kapitalquote nicht ausräumen. Auch der belgisch-französische Kommunalfinanzierer Dexia kollabierte in der vergangenen Woche nicht wegen eines Mangels an Kapital, sondern wegen Zweifeln an seinem Geschäftsmodell und der Werthaltigkeit seiner Investitionen. Er gilt nun als erstes Opfer der Schuldenkrise.

Die Situation weckt Erinnerungen an die Zeit unmittelbar nach der Lehman-Pleite Ende 2008. Beim informellen Spitzentreffen am Rande der Weltbanktagung in Washington vor ein paar Wochen überboten sich Top-Banker mit düsteren Szenarien und erörterten sorgenvoll, ob die Situation weniger, genauso oder noch bedrohlicher sei als vor drei Jahren. „Es ist einfach keine Lösung in Sicht, aber selbst in ausweglosen Situationen geht es irgendwie weiter“, tröstete sich dort etwa ein Kapitalmarktvorstand einer Großbank.

Ende 2008 stand das gesamte Finanzsystem vor dem Kollaps, Merkel und der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück verkündeten den Bürgern, dass der Staat sämtliche Kundengelder garantiere. Hochrangige Banker räumen inzwischen ein, dass deutlich mehr Kunden als von ihnen zugegeben damals ihre Konten leer

räumten, um das Geld zu Hause zu bunkern. Um keine Massenpanik aufkommen zu lassen, verabredeten die obersten Repräsentanten der Kreditwirtschaft unter anderem, dass besorgte Kunden, die größere Beträge abholen wollten, dies möglichst nach Filialschluss tun sollten.

Aktuell scheinen die Einlagen vor allem noch nicht bedroht. Doch eine Verschärfung der Krise könnte das ändern. Letztlich bleibt jedes Sicherungssystem anfällig (siehe Seite 62). Schon die Lehman-Pleite überforderte die Einlagensicherung der privaten Banken in Deutschland so deutlich, dass der Verband Hilfe vom Rettungsfonds Soffin beantragen mussten.

Selbst Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die ihr Bestehen gegenseitig garantieren, sind für die schwersten Stürme nicht gerüstet. Zwar haben die Institute nach Angaben von Insidern nur wenige Staatsanleihen in den Büchern. Würde aber etwa nur eine Landesbank kollabieren, da sind sich Experten weitgehend einig, würde das das System sprengen.

SCHÖNER SCHEIN

Allein in Deutschland kostete die Bankenrettung bisher rund 39 Milliarden Euro, europaweit wurden mehr als 90 Milliarden Euro aufgewendet. Die Finanzkrise galt vielen bis vor Kurzem zu einem großen Teil als bewältigt, die Geldbranche schien aus dem Größten heraus. Im Frühjahr hatte die Commerzbank mit einem beeindruckenden Kraftakt einen Großteil der staatlichen Rettungshilfen von insgesamt 18,2 Milliarden Euro mit frisch aufgenommenem Börsenkapital zurückgeführt. Der Bund hält allerdings nach wie vor ein Viertel der Aktien.

Doch das könnte nur schöner Schein gewesen sein, den auch der EU-weite Bankenstresstest im Juli nicht beseitigt hat. Nur 8 der 90 getesteten Institute landeten im Krisenszenario der Aufsichtsbehörde EBA unter der Mindestkapitalquote. Die Dexia zählte nicht dazu.

Nun fühlen sich die Politiker zu raschem Handeln verpflichtet. „Nicht alle Banken sind ausreichend auf einen Schuldenschnitt europäischer Staaten vorbereitet“, sagt der Bundestagsabgeordnete Florian Toncar (FDP), Chef des parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Bankenrettung »

Die meisten Bankbilanzen sind nach wie vor zu intransparent

Fragen und Antworten
zu den Emerging MarketsDer HSBC
Standpunkt

Wie lässt sich die Bonität von Banken besser einschätzen?



Helko Weyand,
Zertifikate-
Experte
bei HSBC

Die Internationale
Bankenszene wurde
in den vergangenen
Wochen und Monaten
arg gebeutelt.

Doch das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken gehört zu den Grundlagen einer funktionierenden Wirtschaft. Die englische HSBC glänzt als Hauptgesellschafterin von HSBC Trinkaus seit Jahren mit im Vergleich zu anderen internationalen Banken konstant niedrigen Risikoaufschlägen. Daher gelten beide Institute aktuell als besonders vertrauenswürdig. Das ist auch für Käufer von HSBC Trinkaus-Zertifikaten wichtig: Das „AA“-Rating (Fitch) von HSBC Trinkaus sowie die sogenannten „Credit Spreads“ der Muttergesellschaft beweisen das Vertrauen der Finanzmarktteilnehmer in beide Institute. Auf der Website www.derivateverband.de kann jeder die täglich aktualisierten Werte einsehen: Je niedriger die Zahl, desto besser wird die Bonität bewertet. Während manches Institut Werte über 450 erreichte, führte die Bundesrepublik Deutschland Anfang Oktober mit 114,36 Basispunkten die Liste an, HSBC lag mit 172,14 Basispunkten nur leicht dahinter. Ein echter Vertrauensbeweis von und für alle Marktteilnehmer.

Wählen Sie die Themen der nächsten
Kolumnen – unter hsbc.de/mobil, über
die HSBC Markets-App oder direkt
über diesen QR-Code:



Jetzt downloaden: die HSBC
Markets-App inkl. QR-Code-Scanner!



HSBC 
The world's local bank

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Königsallee 21/23 40212 Düsseldorf
Telefon 0211 910-0 www.hsbc.de

» in Deutschland überwacht. Es sei daher richtig, die Haftungsmasse der betroffenen Institute aufzustocken.

Auch deutsche Finanzaufseher empfehlen, dass die staatliche Zwangsbeglückung mit frischem Geld nur Teil eines Straußes von Maßnahmen bleibt. Banken müssten ihr Kapitalpolster zunächst mit einbehaltenen Gewinnen stärken oder hohe Boni reduzieren. Zudem könnten der Abbau von Schulden und risikoreichen Investments sowie neue Einlagen der Alteigentümer die Haftungsmasse stärken. Nur wenn das nicht reiche, seien Hilfen der öffentlichen Hand sinnvoll. Ordnungspolitische Bedenken treten selbst für den liberalen Abgeordneten Toncar in den Hintergrund: „Niemand hat das Recht, ein Unternehmen zu betreiben, das ein systemisches Risiko darstellt.“

„Wir haben es nicht allein mit einer Staatsschuldenkrise zu tun, sondern auch

immer noch mit einer Krise von Finanzinstituten“, sagt der Frankfurter Juraprofessor Helmut Siekmann. Daher könne es sinnvoll sein, Banken obligatorisch mit zusätzlichem Eigenkapital auszustatten.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht sei es möglich, staatliche Einlagen auch gegen den Willen der Alteigentümer zu verabreichen. Doch dafür brauche man ein Gesetz, in dem genau begründet werde, warum dies zur Bewältigung einer Krise nötig sei. Im Bundeshaushalt sei kein Platz für zusätzliche Ausgaben, ein Nachtragshaushalt mit neuen Rettungsmitteln müsse daher erst vom Parlament genehmigt werden. Die Bundesregierung müsse ein Gesetz vorlegen, das neue Rettungshilfen regelt, sagt der Kontrollausschussvorsitzende Toncar.

Die neue Rettung soll vor allem verhindern, dass Banken wegen ihrer hohen Fi-

nanzierungskosten die Kreditvergabe einschränken und damit die vor einem Abschwung stehende Wirtschaft lähmen. Der Schuss könnte aber auch nach hinten losgehen: Angesichts der höheren Eigenkapitalvorgaben könnten Banken, die der Staatsbeglückung entgehen wollen, ihre Bilanzen radikal verkleinern, etwa indem sie weniger Kredite vergeben. Morgan Stanley rechnet europaweit im kommenden Jahr mit einer Verkleinerung der Bilanzen um zwei Billionen Euro. Und auch Deutsche-Bank-Lenker Ackermann kündigte Ende vergangener Woche schon mal an, dass sein Institut „auch Einschnitte im Geschäft in Kauf nehmen“ könne, um die strengen Vorgaben zu erfüllen. Es war eine kaum versteckte Drohung. »

mark.fehr@wiwo.de | Frankfurt,
cornelius.welp@wiwo.de | Frankfurt,
christian.ramthun | Berlin, silke.wettach | Brüssel

USA

Zwei Wahrheiten

Die US-Bankenrettung ist schlechter als ihr Ruf.

Auf den ersten Blick scheint der 700 Milliarden Dollar schwere Rettungsfonds Tarp, den die US-Regierung 2008 auflegte, ein Erfolg. Von den 700 Milliarden Dollar flossen allein 245 Milliarden nur an die US-Banken. Washington hatte in der Finanzkrise zumindest den großen Instituten frisches Kapital aufgezwungen – etwa JP Morgan oder der Bank of America. Deshalb seien die US-Banken in einer viel stärkeren Position als in Europa, schwärmte Neel Kashkari, im Finanzministerium bis Ende 2009 zuständig für Tarp, noch im vergangenen Jahr.

In Deutschland half der Staat nur auf Antrag. Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann tönte gar, er würde sich schämen, Steuergelder nehmen zu müssen.

WEITERES STERBEN

Tatsächlich kostete Tarp nach Zahlen des Congressional Budget Office in Washington den US-Steuerzahler bisher insgesamt rund 25 Milliarden Dollar. Das ist weit weniger als ursprünglich angenommen und weniger als die 39 Milliarden Euro, die Deutschland bisher in die Landesbanken, die Commerzbank oder die HRE steckte.

Rettung wider Willen

Die Bank of America überlebte dank aufgezwungener öffentlicher Hilfe

Viele große US-Geldhäuser zahlten die Kredite der Regierung schnell zurück. Einige Banken wie JP Morgan fuhren 2010 wieder ordentliche Gewinne ein.

Doch das ist nur eine Hälfte der Wahrheit. Es vergeht keine Woche in den USA ohne eine Bankenpleite. Jüngst hat es die Sun Security Bank im Staat Missouri erwischt. Die Bank ist das 76. Institut, das in diesem Jahr die Schalter schließt. Seit 2009 gaben 373 von rund 8000 Instituten auf. Der staatliche Einlagensicherungsfonds FDIC rechnet mit einem weiteren Sterben vor allem von lokalen und regionalen Banken. Für die kommenden fünf Jahre schätzt die Behörde die Folgekosten von Bankpleiten auf 19 Milliarden Dollar.

Auch bei den verstaatlichten Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac ist trotz massiver Stützen noch keine Entspannung in Sicht. Der Immobilienmarkt in den

USA liegt nach wie vor darnieder. Darum muss die Regierung die beiden Institute noch immer mit Milliarden unterstützen. Jetzt belasten auch noch die Euro-Krise und die neue Ungewissheit, ob die Großbanken tatsächlich genügend Kapital besitzen, das US-Geldgewerbe. Ein Stresstest des Internationalen Währungsfonds IWF hatte bereits Mitte 2010 ergeben, dass 12 der 53 größten US-Banken zusammen rund 14,2 Milliarden Dollar frisches Kapital benötigten, um bis 2014 nicht unter eine Eigenkapitalquote von sechs Prozent zu fallen.

Präsident Barack Obama kann sich eine weitere Bankenrettung weder finanziell noch politisch leisten. Die Proteste der Bewegung „Besetzt die Wall Street“ gehen in die vierte Woche und weiten sich auf immer mehr US-Städte aus.

angela.hennersdorf@wiwo.de | New York



FOTO: API/MARY ALTAFFER

Gegen den Sturm

EINLAGENSICHERUNG | Wie gut die Kundengelder in Deutschland im Fall einer Bankpleite geschützt sind.



Großes Versprechen
Sparkassen locken mit
100-Prozent-Garantie

Hunderte besorgte Sparer drängeln sich vor der Bank, um ihre Konten zu räumen – wenn Kunden massenhaft Geld abziehen wie 2007 bei der britischen Northern Rock, kann das schnell zur Zahlungsunfähigkeit führen. Vier Jahre später wackelt Griechenland, die EU berät neue Milliardenhilfen – müssen sich deutsche Bankkunden um ihr Geld sorgen?

„Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind“, sagt Kanzlerin Angela Merkel 2008. Das Gleiche sagt heute Andreas Schmitz, Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (siehe Interview Seite 55). Merkels Versprechen diente damals zur Beruhigung, eine gesetzliche Grundlage hat ihre Staatsgarantie nicht. Allerdings sichert ein umfangreiches Netz Kundengelder im Fall einer Bankpleite.

Bei privaten Banken wie der Deutschen Bank oder der Commerzbank schützt ge-

mäß Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz zunächst die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) die Giro-, Spar-, Tages- und Festgeldguthaben sowie auf den Namen des Kunden lautende Sparbriefe bis zu 100 000 Euro pro Kunde und Bank. Aktien, Fondsanteile oder Zertifikate sind nicht abgesichert. Wohlhabende Kunden sollten ihr Geld also auf mehrere Institute verteilen. Geschützt sind Privatpersonen, Personengesellschaften und kleine Kapitalgesellschaften, wenn sie laut Handelsgesetzbuch zwei von drei Kriterien erfüllen: bis 9,68 Millionen Euro Umsatz, bis 4,84 Millionen Euro Bilanzsumme, maximal 50 Mitarbeiter.

Bei privaten Banken greift zusätzlich ein freiwilliges Sicherungssystem für Einlagen, die 100 000 Euro übersteigen. Geschützt sind Gelder aller Kunden außer von Banken. Dazu zahlen 173 Institute in einen

Einlagensicherungsfonds ein, der für jede Einlage in Höhe von bis zu 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals einer Bank aufkommt. Diese Grenze plant der Bankenverband aber schrittweise zu senken. Von 2015 an soll der Fonds nur noch für 20 Prozent des haftenden Eigenkapitals, ab 2020 für 15 Prozent und ab 2025 nur noch für 8,75 Prozent garantieren. Die niedrigste garantierte Summe fiel damit von zurzeit 1,5 Millionen Euro auf 437 500 Euro pro Kunden. Bei einer oder mehreren Großpleiten müsste allerdings auch der Einlagensicherungsfonds kapitulieren.

SYSTEM DER SOLIDARITÄT

Für Kunden von Sparkassen, Landesbanken, Landesbausparkassen sowie Genossenschaftsbanken greift ein anderer Schutzmechanismus. Nach dem Prinzip „alle für einen“ bilden 431 Sparkassen, 7 Landesbanken und 10 Landesbausparkassen einen Haftungsverbund, der im Krisenfall das Institut retten und so mittelbar einen 100-prozentigen Schutz der Einlagen garantieren soll. Auch von den Instituten ausgegebene Zertifikate und Schuldverschreibungen sind geschützt. Gerät eine Sparkasse in Schieflage, helfen zunächst die anderen aus der Region. Reicht das nicht, greifen sie auf die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zurück. Umgekehrt helfen Sparkassen auch den Landesbanken. Im Krisenfall steht das gesamte Volumen aller Sicherungseinrichtungen parat. Auch Kreditgenossenschaften wie die Volks- und Raiffeisenbanken zahlen in eine Sicherungseinrichtung ein, die im Notfall die Bank und die Einlagen aller Nichtbankenkunden zu 100 Prozent schützt.

Bisher hat bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken kein Kunde Geld verloren. Das gilt auch für Privatbanken seit Einführung des Einlagensicherungsfonds 1976. Ob die Sicherungen aber halten, wenn mehrere Geldhäuser wackeln und der Staat nicht schnell einspringt, ist ungewiss. ■

nele hansen | unternehmen@wiwo.de

Von 100 000 Euro bis unbegrenzt

In welcher Höhe Einlagen bei Kreditinstituten in Deutschland gegen Insolvenz gesichert sind (in Euro)

	Privatbanken außerhalb des Einlagensicherungsfonds	Privatbanken im Einlagensicherungsfonds	Sparkassen	Genossenschaftsbanken
Spar- u. Sichteinlagen, Tages- u. Termingelder, Sparbriefe u. Schuldscheine auf Namen des Kunden	bis 100 000 € pro Kunde	mind. 1,5 Mio. € pro Kunde	unbegrenzt	unbegrenzt
von Banken ausgegebene Inhaberschuldverschreibungen und Zertifikate	nicht geschützt	nicht geschützt	unbegrenzt	unbegrenzt

Aktien und Fondsanteile bleiben bei allen Instituten im Besitz des Kunden; Quelle: BDB, BVR, Deutscher Sparkassen- und Giroverband